

---

## Einer Meinung, und doch ganz verschieden

10.11.2011

**Brigitte Lösch und Gernot Gruber lehnen S21 ab – Die Einigkeit der beiden Abgeordneten endet beim Thema Volksabstimmung**

**„Stuttgart21 wird an der Kostenfrage scheitern, davon bin ich ganz fest überzeugt.“ Für dieses Fazit erhält Brigitte Lösch (Grüne) am Dienstagabend nach einer zweistündigen Podiumsdiskussion im Awo-Keller kräftig Beifall. Logisch. Die stellvertretende Landtagspräsidentin hat es da einfacher als Gernot Gruber. Der Backnanger SPD-Landtagsabgeordnete spricht sich zwar auch gegen S 21 aus. Er kündigt aber an, das Ergebnis der Volksabstimmung zu akzeptieren.**

Von Matthias Nothstein

BACKNANG. Beide Politiker lassen keinen Zweifel daran, sie sind gegen das Milliardenprojekt. Die Unterschiede liegen jedoch in der Radikalität. Brigitte Lösch vermittelt den Eindruck, noch nie auch nur eine Sekunde mit Zuspruch für S21 geliebäugelt zu haben. Nachteile über Nachteile listet sie auf. Dazu die ungeklärten Fragen bei der Finanzierung. Gernot Gruber hingegen geht differenzierter an die Sache heran, er erwähnt auch Vorteile von S21 und wägt ab: „Das Projekt hat eine Verbindung zur Schnellbahnstrecke und ist im Gegensatz zu K21 planfestgestellt.“ Dass sich Gruber am Ende trotzdem als einer der wenigen SPD-Landtagsabgeordneten dagegen ausspricht, sollte den Befürwortern zu denken geben. Denn Gruber nutzt den ÖPNV täglich, er ist ein Insider. Deshalb sieht er die Probleme im Alltag. Etwa das Nadelöhr im S-Bahn-Verkehr, den Tunnel zum Hauptbahnhof. Heute schon gibt es Probleme, den Takt einzuhalten. S-Bahn-Fan Gruber hat der Bahn in früheren Zeiten schon vorgeschlagen, lieber wieder vom 15-Minuten-Takt auf den 20-Minuten-Takt umzusteigen und dafür mehr Züge fahren zu lassen.

Lösch sieht mit S21 auch beim überregionalen integralen Taktverkehr Riesenprobleme, „der ist dann nicht mehr möglich“. S21 ist in ihren Augen unnötig, „wir haben jetzt ein ausgewogenes System“. Nach dem Bahnhofsumbau von 16 auf 8 Gleise gibt es ihrer Ansicht nach keine Pufferzeiten mehr, „der ICE hat nicht mehr die Möglichkeit zu warten“.

Was passiert, wenn die Kosten nicht eingehalten werden? Gruber ist einerseits der Ansicht, dass es im Koalitionsvertrag eindeutige Regelungen gibt. Die lauten: Die Finanzierung ist bis 4,5 Milliarden Euro geregelt. Wird es teurer, zahlt nicht das Land und nicht die Region. Dass die alte Regierung Kosten verschwiegen hat, das bezeichnet Gruber als „politischen Skandal“. Für Lösch ist aufgrund „der verheimlichten Zahlen“ die Geschäftsgrundlage zum Projekt S21 entzogen, „das ist eine Bombe“. Deshalb begrüßt sie den Brief des Ministerpräsidenten, der von Bahn-Chef Grube eindeutige Aussagen fordert, wie er mit eventuellen Mehrkosten umgehen will. Lösch: „Ich will nicht erleben, dass wir in ein paar Jahren im Landtag sitzen und es dann heißt, jetzt haben wir so viele Milliarden verbaut, jetzt müssen wir den Deckel heben und fertig bauen.“ Unter dem Beifall der 38 Zuhörer, die auf Einladung des Bündnisses „Rems-Murr gegen S21“ und des BUND-Ortsverbands Backnanger Bucht in den Awo-Keller gekommen sind, fordert sie: „Wir müssen das Wahnsinnsprojekt jetzt stoppen.“

Doch was ist, wenn die Volksabstimmung am 27. November ergibt, dass eine Mehrheit den Umbau will? Gruber: „Dann bin ich Demokrat genug, dass ich das akzeptieren kann.“ Mehr noch. Er warnt davor, das Instrument Volksabstimmung zu beschädigen und weiter gegen S21 zu agieren, „das wäre ein fatales Signal“. Gibt es keine Mehrheit für das Kündigungsgesetz, dann muss sich Gruber zufolge „der Verkehrsminister dem Ministerpräsident unterordnen und das Projekt durchziehen, oder Platz machen für Herrn Wölfe“. Pfiffe quittierten diese Auffassung. Doch Gruber zeigt sich unbeeindruckt: „Wir müssen die Entscheidung akzeptieren und im Konsens weiterarbeiten und Lösungen erarbeiten. Wer das nicht tut, der ist an einer Lösung nicht interessiert.“

Und Löschs Auffassung? Die 49-Jährige sagt wenig leidenschaftlich: „Ich teile eindeutig die Haltung unseres Ministerpräsidenten. Er hat gesagt, er beugt sich dem Ergebnis der Volksabstimmung.“ Sie kündigt aber an: „Die politische Debatte wird weitergehen.“

---

Dieser Artikel kommt von BKZ Online.

Die URL zu diesem Artikel lautet: <http://www.bkz-online.de/node/318237>

© Backnanger Kreiszeitung 2009, alle Rechte vorbehalten

---